



Fachwissen für Anleger Die soziale Marktwirtschaft

Der Begriff wurde von einem ihrer geistigen Väter, von Prof. Müller-Armack, geprägt. Unter Prof. Ludwig Erhard, als Wirtschaftsminister, wurde diese Idee dann umgesetzt. Was schwebte den Vätern dieser Wirtschaftsordnung vor? „Das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“ Im einzelnen hieß das folgendes:

1. **In unserem Wirtschaftssystem bestimmt der Verbraucher, wie er sein Einkommen verwenden und was er kaufen will (Konsumfreiheit).**
2. **Der Unternehmer entscheidet darüber, was er für den Markt produzieren und anbieten will. Er hat dabei die Chance des Gewinns, trägt aber auch das Risiko des Verlustes, wenn er am Markt vorbei produziert (Unternehmerisiko).**
3. **Jeder kann grundsätzlich den Beruf seiner Wahl ergreifen und den Arbeitsplatz selbst auswählen (Freiheit der Berufswahl).**
4. **Die Rechtsordnung gestattet es jedem, ein Gewerbe zu wählen und an irgendeinem Ort auszuüben (Gewerbefreiheit).**
5. **Durch möglichst weitgehende Freiheitsspielräume vom Staat sollen die produktiven Kräfte des Einzelnen zur Entfaltung gelangen (Produktivität).**
6. **Der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage am Markt geschieht durch den Preis, dessen Bildung weder durch direkte staatliche Eingriffe noch durch privatwirtschaftliche Absprachen (Kartelle) beeinflusst werden darf.**

Seit ihrem Beginn, am 24. Juni 1948, bis Ende des Jahres 2006, stieg das BSP von 98,6 Mrd. DM, gleich 50,41 Mrd. €, auf 2.302,7 Mrd. Euro. Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer nahm von 243 DM, gleich 124,44 Euro, auf 5.432 Euro zu. 1950 gab es 14,3 Millionen Beschäftigte, Ende 2006 39,787 Millionen. Die Deutsche Mark, der bei der Währungsreform 1948 kein dauerhafter Bestand vorausgesagt wurde, entwickelte sich zu einer der stärksten und solidesten Währungen der Welt, bis sie 2002 aufgegeben wurde.

Im Laufe der Zeit hat sich allerdings die „soziale Marktwirtschaft“ immer weiter von dem ursprünglichen Idealbild entfernt. Von Anfang an wurden wichtige Bereiche wie die Wohnungswirtschaft und die Landwirtschaft nicht in das Marktsystem einbezogen. Mit einer Vielzahl von Marktordnungen und anderen nicht marktkonformen Maßnahmen zu Lasten der Konsumenten wurde den Bauern ein ausreichendes Einkommen verschafft.

Die Wohnungswirtschaft unterstand lange staatlicher Aufsicht und Lenkung und ist einer der größten Subventionsempfänger des Bundes. 1995 vergab die öffentliche Hand Subventionen in Höhe von 115,2 Mrd. DM. Der Bund vergab Subventionen, um in Not geratenen Wirtschaftszweigen zu helfen und den drohenden Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern. So wurden notwendige Veränderungen blockiert. Beispiele hierfür sind die Agrarwirtschaft, der Bergbau und die Werftindustrie. Subventionen widersprechen marktwirtschaftlichen Prinzipien und lenken Produktivkräfte in die falsche Richtung.

Nach Prof. L. Erhard's Meinung muß Wirtschafts- und Sozialpolitik strikt voneinander getrennt werden.

Freie Märkte sollten zur Mobilisierung aller Kräfte, zur dynamischen Entwicklung der Wirtschaft mit hohen Wachstumsraten beitragen und so den Wohlstand des Landes und breiter Bevölkerungsschichten steigen lassen.

Sozialpolitik sollte nicht in den Markt eingreifen, sich vielmehr auf nachträgliche Korrekturen der Einkommensverteilung zu Gunsten der wirklich Armen und Schwachen beschränken. Im Gegensatz hierzu schlug der Gesetzgeber eine ganz andere sozialpolitische Richtung ein. Schritt für Schritt wurde ein umfassendes System sozialer Maßnahmen aufgebaut, das den Staatsbürger möglichst gegen alle finanziellen Risiken, bei Krankheit, Not oder Arbeitslosigkeit absichern sollte. Der Ausbau der Rentenversicherung hatte das Ziel einer immer besseren Versorgung im Alter. Der Staat knüpfte das soziale Netz immer dichter und bewegt sich damit mehr und mehr auf den totalen Wohlfahrtsstaat zu. Zugleich förderte er damit das Anspruchs- und Sicherheitsdenken der Bevölkerung.

Aber soziale Leistungen kosten Geld. Irgendwie müssen sie aus dem Sozialprodukt aufgebracht werden. In den 50er-Jahren machten die Sozialausgaben des Staates rund 15 % des BSP aus. 1980 waren es 26,1 %, 1993 27,7 % und 1998 mehr als ein Drittel des BSP. Finanziert werden die sozialen Leistungen zu rund 60 % aus Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und zu 40 % aus Steuermitteln. 1950 führten die Arbeitnehmer rund 13 % ihres Bruttoverdienstes als Steuern und Sozialbeiträge ab. Heute kassiert der Staat von den Arbeitseinkommen durchschnittlich mehr als 40 %. Der entsprechende Anteil der Unternehmen an den Sozialversicherungsbeiträgen hat wesentlich zum Anstieg der Lohnnebenkosten



beigetragen. Schließlich muß der Staat seinen 40%igen Anteil an den Sozialleistungen aus dem Steueraufkommen nehmen.

In den letzten Jahren zeigte sich immer deutlicher, bestimmte Sozialleistungen, wie das Gesundheitswesen, lassen sich nicht mehr finanzieren ohne drastische Erhöhung der Beitragssätze. In der Rentenversicherung hat die erfreuliche Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer der Versicherten Probleme aufgeworfen, die bei der seinerzeitigen Dynamisierung der Renten wohl nicht voraussehen waren. Unser heutiges System bedarf schon aus finanziellen Gründen dringend der Reform, um die Kosten noch aufbringen zu können. Der Zwang, Ausgaben zu überprüfen, gilt auch für viele Titel der Gebietskörperschaften. Die Staatsquote, das sind die Ausgaben des Gesamtstaates in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes, betrug 50,6 % in 1995 und lag 2006 bei 45,6 %. Das bedeutet, rund die Hälfte des Sozialprodukts geht in irgendeiner Form durch die Kassen des Staates. In den USA beträgt diese Quote nur 30,1 %. Der Prestigeverlust unseres Wirtschaftssystems ist nicht zu übersehen. Vom Wirtschaftswunderland der ersten Nachkriegsjahre hatte sich unsere Wirtschaftsordnung zu einer Art Muster- und Vorzeigemodell einer sozialen Marktwirtschaft entwickelt. In der Wirtschaftserklärung der sieben führenden Industriestaaten heißt es wörtlich:

„Deutschland, Frankreich und Italien stehen gemeinsam vor der Herausforderung, wieder für eine deutliche Zunahme der Beschäftigung zu sorgen. Gleichzeitig mit Anstrengungen zur langfristigen Konsolidierung ihrer Haushalte müssen sie Strukturreformen mit dem Ziel verstärken, der Schaffung von Arbeitsplätzen entgegenstehen-

de Hemmnisse abzubauen, die Effizienz staatlicher Maßnahmen zu steigern und, wo dies notwendig ist, die Rolle des Staates in ihren Volkswirtschaften neu zu gestalten, unter anderem auch durch Reformen des Steuer- und Sozialversicherungssystems.“

Aus dem oft mahnenden Lehrer, Deutschland, ist ein Schüler geworden, dem man die Hausaufgaben vorgibt.

Die deutsche Wirtschaft konnte in den 50er-Jahren noch einjähriges Wachstum des Sozialprodukts von durchschnittlich 8 % verzeichnen. Von 1960-1980 sank die durchschnittliche Wachstumsrate auf 4,3 %. Der Zeitraum von 1970-1980 brachte noch Zuwachsraten von 2,6 % und für 2007 rechnet man nur noch mit 1,9 %.

Nur in einer wachsenden Wirtschaft kann der Staat mit wachsenden Einnahmen rechnen. Je weniger Steuern eingenommen werden, umso schwieriger wird es für die öffentliche Hand, neue Aufgaben zu übernehmen. Bei knappen Einnahmen schränkt der Staat meist seine eigenen Investitionen ein und vernachlässigt damit wichtige volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Funktionen, wie den Bau von Straßen, Schulen usw. Ein zu geringes Wachstum läßt zudem nicht genügend neue Arbeitsplätze entstehen, um die Arbeitslosigkeit schnell abzubauen. Wachstum und Entstehung neuer Arbeitsplätze sind eng miteinander verbunden.

Bei einem länger andauernden niedrigen Wachstum muß mit einer höheren Massenarbeitslosigkeit gerechnet werden. Geringes Wachstum bedeutet, daß der Spielraum für Lohnerhöhungen und soziale Leistungen für die Arbeitnehmer eingeengt wird. Je weniger Einkommen in einer Volkswirtschaft im Laufe des Jah-

res hinzuwächst, umso weniger kann verteilt werden. Schließlich geht ohne ausreichendes Wirtschaftswachstum auch schnell die internationale Konkurrenzfähigkeit verloren. Im weltweiten Wettbewerb kommt es darauf an, den Anschluß an den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt nicht zu verlieren. Der Produktionsapparat muß immer auf den letzten technischen Stand gebracht werden, um im internationalen Vergleich kostengünstig anbieten zu können. Das ist vor allem bei einem Land wie dem unseren wichtig, dessen Lohnniveau mit an der Weltspitze liegt und dessen Arbeitsplätze zu einem erheblichen Teil vom Export abhängig sind.

Null-oder geringes Wachstum ruft einen völlig falschen Eindruck hervor, weil bei „Null“ nichts mehr wächst. Es bedeutet nicht nur Stillstand, sondern Rückschritt. Gewinnchancen sind für den Unternehmer, sei es ein Groß-, Mittel- oder Kleinbetrieb, eng miteinander verbunden. So gab es nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2000 in Deutschland etwa 28.000 Unternehmens-Insolvenzen. Im Jahre 2005 waren es 39.320.

Die Arbeitnehmer verloren ihren Arbeitsplatz, die Unternehmer ihr eingesetztes Kapital und ihren Tätigkeitsbereich. Unternehmensgewinne erfüllen eine doppelte Funktion. Sie bieten Anreiz für Investitionen und ermöglichen zugleich die Kontrolle darüber, ob die Unternehmen erfolgreich gearbeitet oder am Markt vorbei investiert und produziert haben. Bei Investitionsentschlüssen gehen Unternehmen von den in Zukunft zu erwartenden Gewinnen aus. Erzielbare Preise und Kosten stehen in engem Zusammenhang. Das gilt auch für die Lohnentwicklung, denn mehr als die Hälfte des Kostenniveaus unserer Volkswirtschaft wird



von den Löhnen bestimmt. Einen Teil der Lohnerhöhung kann ein Unternehmen in der Regel durch Produktionsfortschritte, also durch Rationalisierung, auffangen. Was darüber hinaus geht muß durch erhöhte Preise wieder hereingeholt werden.

Preiserhöhungen sind aber nur dann möglich, wenn der Markt sie hergibt. Es entsteht die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale bei steigenden Preisen. Erhöhte Preise ziehen neue Lohnforderungen nach sich. Unternehmen kommen in die Zange zwischen steigenden Kosten und nicht in gleichem Maße erhöhbaren Preisen. Die Gewinnchancen gehen zurück und damit schrumpft die Bereitschaft zu investieren.

Eine maßvolle Lohnpolitik, die sich an den Produktionsfortschritten ausrichtet, sorgt nicht nur für Preisstabilität, sondern auch für die nötige Investitions-Bereitschaft, die letztlich Arbeitsplätze schafft und sichert. Auch der Staat entscheidet durch seine Steuerpolitik, was den Unternehmen von ihren Gewinnen nach Abzug der Steuern bleibt. Je stärker der Staat die Steuer-schraube anzieht, umso weniger verbleibt netto den Unternehmen vom Gewinn und je geringer ist die Chance, aus neu eingesetztem Kapital einen angemessenen Ertrag zu erzielen.

Bei jeder Wahl locken die Politiker mit Versprechen. Dabei entscheiden die Wähler über die Zukunft der nächsten Jahre. Politiker hoffen mit kühnen Versprechungen die Gunst des Stimmvolkes zu gewinnen. Als „soziale Marktwirtschaft“ und „Gerechtigkeit“ werden die nicht mehr finanzierbaren Wahlgeschenke bezeichnet. Angebracht ist es, die Bürger auf harte Veränderungen vorzubereiten, die in den Besitzstand vieler Bürger eingreifen. Kostensenkende Einschnitte im Sozialsystem sind nötig. Auf wei-

tere „Wohltaten“ muß verzichtet werden. Als zweitgrößte Exportnation der Welt, hinter den USA aber noch vor Japan, muß Deutschland auch bei fortschreitender, nicht aufhaltbarer, Globalisierung konkurrenzfähig bleiben. Jede Hausfrau wird bestätigen, man kann nur ausgeben was man in der Geldbörse hat. Manche Politiker müssen das noch lernen.